Nr. 215. 42. Jahrgang. Abend-Ausgabe. Dienstag, 29. April 1913

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

## Halbheiten.

Der Reichstag hat gestern durch die Fertigstellung des Etats seinen Arbeiten vor den Pfingstferien einen natürlichen Abschluß gegeben. Nebenher ist es ihm noch gelungen, mit ziemlich zahlreichen Arbeitsresten aufzuräumen. Gesetze, wie das Schutztruppengesetz, die Literaturkonvention mit Rußland und andere Vorlagen mehr, auf die man kaum noch gehofft hatte, sind spielend mit erledigt worden. So reich und erfolgreich aber auch das geleistete Arbeitspensum ist, so empfindet man doch keineswegs eine ungemischte Freude darüber. Schließlich kommt es doch nicht allein auf das Quantum legislatorischer Leistungen an, sondern das „Wie" der Erledigung wird zum entscheidenden Merkmale für die fertige Arbeit.

Der Gang der parlamentarischen Verhandlungen in den letzten Wochen hat wieder einmal die Schattenseiten der gegenwärtigen Regierungsweise offenbart. Herrn v. Bethmann Hollwegs, des Reichskanzlers Haare sträuben sich bei dem Gedanken an ein parlamentarisches Regiment. Was aber dient der Staatsautorität mehr: eine Mehrheit, die ein festumrissenes Budget, für das sie vor dem eigenen Volke und der Welt die politische und moralische Verantwortung trägt, durchzudrücken versteht? Oder ein Handeln von Fall zu Fall, ein Feilschen der Parteien mit der Regierung um Kleinigkeiten, Abstriche und Nadelstiche durch Zufallsmehrheiten? Die Frage beantwortet sich von selbst! Sparsamkeit ist eine löbliche Sache: der Reichstag hat darin in diesem Jahre einige zaghafte Schritte nach vorwärts getan. Aber er hat gleichzeitig auch ein paarmal daneben getreten. Wo keine verantwortliche Mehrheit vorhanden ist, da stellt sich nur zu leicht die Neigung ein, nach Stimmungen und nicht nach sachlichen Gründen zu entscheiden. Das mußte Herr Lisco, der Staatssekretär des Reichsjustizamts, erfahren. Weil er dem mächtigen Zentrum einmal energisch entgegentrat, und besonders weil er es mit Recht tat, läßt man jetzt den Geschäftsbetrieb des Reichsgerichts darunter leiden. Der dringend notwendige sechste Reichsanwalt wurde gestrichen. Eine parlamentarische, verantwortliche Mehrheit würde einen Minister, der ihr nicht genehm ist, ausschiffen, aber an einer bestimmten Abteilung seines Ressorts zum Schaden des rechtsuchenden Publikums Vergeltung zu üben, das dürfte eine verantwortliche Mehrheit schon um deswillen nicht tun, weil die Opposition daraus guten Agitationsstoff für die sachliche Unfähigkeit der herrschenden Mehrheit ziehen würde.

Eine weitere Unsinnigkeit liegt darin, daß die Abstriche jetzt gar nicht von organischen Mehrheiten durchgeführt werden. Die Sozialdemokratie setzt ihre Abstrichwünsche durch, stimmt dann aber gleichwohl gegen das ganze Budget. Die Rechte hält die Abstriche für sachlich ungerechtfertigt, genehmigt aber doch den nach ihrer Ueberzeugung unvollkommenen Haushalt. Es ist ein erstes Erfordernis parlamentarischer Grundsätze, daß eine Mehrheit, die ein Budget nach ihren Wünschen gestaltet, nun auch die Pflicht hat, dieses Budget durchzusetzen. Umgekehrt muß eine Minderheit, die ein Budget, wenn auch nur in Einzelheiten, für sachlich falsch hält, zu einem verwerfenden Votum kommen, schon um die Verantwortung für die Folgen der anderen Seite aufbürden zu können.

Die Halbheiten unseres Systems, die jetzt bei der Etatsberatung offenbar wurden, werden sich bei der Beratung der Wehr- und Deckungsvorlagen in noch viel schärferem Maße zeigen. Scheinbar handelt das Zentrum im Sinne der parlamentarischen Grundsätze, wenn es die Erledigung der Wehr- und Deckungsvorlagen durch die gleiche Mehrheit verlangt. Aber auch nur scheinbar; denn es gestaltet die Wehrvorlage unter Benutzung der grundsätzlichen Opposition der Sozialdemokratie nach seinen Wünschen, und es will dann bei der Deckung die reaktionären Strömungen auf der Rechten für eine Lösung im partikularistischen Sinne gebrauchen. In Wahrheit will der Klerikalismus also nicht die gleiche Mehrheit für Deckung und Rüstung, sondern die Durchsetzung seiner Spezialwünsche unter Benutzung der verschiedensten Grundsätze von rechts und links. Klar hat das jüngst ein Politiker in der nationalliberalen „Königsberger Allgem. Zeitung" erkannt. Er erklärte das Ansinnen des Zentrums für berechtigt, wenn die klerikale Partei sich von vornherein verpflichte, jede Extratour in Abstrichen mit der Sozialdemokratie zu unterlassen. Nur dann würde ihre Forderung der gleichen Mehrheit Vernunft und Sinn haben. Aber das Zentrum will das ja nicht. Es möchte das volksfreundliche Gesicht durch Abstriche nach der Seite der Wähler hin wahren und auf der anderen Seite seinen Parteimännern in hohen bundesstaatlichen Regierungsstellen sowie seinen partikularistischen Parlamentsfraktionen nicht wehetun. Die Nationalliberalen, bei denen die Entscheidung in der Deckungsfrage liegt, müssen sich darum klar darüber sein, daß ein Abschwenken nach rechts sie lediglich zu Exekutoren der Zentrumspolitik macht. Gestern haben sie in der Budgetkommission erfreulicherweise das Ansinnen des Zentrums abgewehrt, sich von vornherein auf zwei Kommissionslesungen für jede der Vorlagen festzulegen. Das Zentrum wollte dabei die Reihenfolge derart festgelegt wissen, daß zunächst die Wehrvorlage in erster Lesung erledigt würde, dann sollte die erste Lesung der Deckungsentwürfe folgen. Erst dann wollte es für beide Vorlagen eine zweite Lesung halten. Der „verflucht gescheite" Gedanke hätte natürlich dem Zentrum alle Trümpfe in die Hand gegeben und die Nationalliberalen vor den engen Ausweg gestellt, sich den klerikalen Machtsprüchen zu fügen oder dem Zentrum den Vorwand zur Ablehnung der Heeresvorlage zu geben. Hoffentlich lernen die Nationalliberalen aus dem Vorgang. Sorgen sie für eine Deckung mit der Linken, so ist das zwar auch im Sinne des parlamentarischen Regiments eine Halbheit, aber dann ist wenigstens die eine Hälfte der neuen Gesetze, die Deckung, ein einheitliches Ganze. Herr v. Bethmann Hollweg wird dann auch erkennen, daß feste und organische Mehrheiten doch auch ihre Vorzüge haben.

# Oesterreich zum Vormarsch bereit.

Ueber die Vorgänge in der gestrigen Sitzung der Londoner Botschafterkonferenz verbreitet das Reutersche Bureau eine lange Depesche, die anscheinend beruhigend wirken soll, aber diese Wirkung vielleicht nicht völlig erzielen wird. Es wird darin die Vertagung auf Donnerstag als ein „beruhigendes Moment" hingestellt, aber wenn man sich über diese Vertagung so sehr freut, so heißt das doch nur, daß man den sofortigen Abbruch der Konferenzverhandlungen nur mit Mühe vermieden hat. Es wird weiter berichtet, daß der Vertreter Oesterreichs gegen jede Hinauszögerung und für schnelle Zwangsmaßregeln sprach, und daß Rußland erklärte, es würden „ernste Schwierigkeiten entstehen," falls Oesterreich sich dazu entschließen sollte, allein vorzugehen. Da Oesterreich von territorialen Kompensationen für Nikita nichts wissen will, eine gemeinsame militärische Aktion an dem Widerstande Rußlands und Frankreichs scheitert und bei einer Sonderaktion Oesterreichs die russische Regierung mit „ernsten Schwierigkeiten" droht, so sind die Gegensätze schärfer als je zuvor. Zwischen den Londoner Botschaftern und ihren Regierungen findet nun vermutlich ein eifriger Depeschenwechsel statt und zwischen den europäischen Regierungsplätzen telegraphiert man hin und her, und es bleibt die Hoffnung, daß man in diesem regen Gedankenaustausch noch vor Donnerstag eine Lösung finden wird. Aber in Wien erklärt man an „maßgebenden Stellen", daß man nun, trotz den „ernsten Schwierigkeiten", zum Vormarsch entschlossen sei, und wenn die europäische Diplomatie eine solche Situation noch hindern will, so ist es dringend nötig, daß sie sich beeilt.

* * *

### Konferenz des österreichischen Kriegsministers mit dem Grafen Berchtold.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ **Wien**, 29. April.

**An maßgebender Stelle wird heute folgendes erklärt: „Da auf der gestrigen Botschafterkonferenz in London keine Einigung der Mächte in bezug auf die durch die Sachlage gebotene Beschleunigung der Maßnahmen gegen Montenegro erzielt worden ist, so ist für Oesterreich-Ungarn der Fall eingetreten, für welchen sich die Monarchie die Politik der freien Hand vorbehalten hat. Oesterreich wird infolgedessen die erforderlichen Maßnahmen gegen Montenegro selbst treffen. Es wird nun Ernst, und wenn man im Auslande glauben sollte, daß in Wien bloß in Bluffpolitik gemacht wird, so wird man sich sehr bald davon überzeugen, daß dem nicht so ist." Es findet in diesem Augenblick ein reger Meinungsaustausch zwischen Wien und Rom statt. Der Kriegsminister Feldzeugmeister Krobatin konferierte auch heute vormittag mit dem Grafen Berchtold. Als er das Auswärtige Amt verließ, rief er, wie versichert wird, freudig aus: „Endlich haben wir es erreicht!"**

### Europa in zwei Lagern.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

VA **Paris**, 29. April.

Man erklärt hier zwar, daß gestern auf der Botschafterkonferenz alle Mächte einig gewesen seien, verhehlt sich aber nicht, daß sie nur deshalb einig gewesen sind, weil sie nichts beschlossen haben. Die Botschafter haben noch einmal erklärt, daß man weiter warten müsse, und das einzige, worüber man hier erfreut ist, ist der Entschluß Oesterreichs, abzuwarten. Der österreichische Vertreter hat nicht, wie man befürchtete, eine schleunige Exekution gegen Montenegro vorgeschlagen; er hat auch keinen festen Termin verlangt, bis zu dem die montenegrinischen Truppen Skutari geräumt haben müssen. Bei dieser Reserve Oesterreichs gab es allerdings keine Gelegenheit zum Bruch. Doch läßt sich nicht verhehlen, daß, wenn Montenegro noch weiter auf Skutari besteht, eine Trennung Europas in zwei verschiedene Lager möglich würde. Von allen Seiten, die hier in Paris mit der Regierung in Fühlung stehen, wird betont, daß Frankreich, England und Rußland von einer Zwangsmaßregel gegen Montenegro nichts wissen wollen und andere Schritte vorziehen. Wie gemeldet, waren gestern die Botschafter Oesterreichs, Deutschlands und Italiens und später auch der russische Botschafter am Quai d'Orsay. Der österreichische Botschafter hatte, wie der „Petit Parisien" meldet, bei seinem Besuche gestern erklärt, daß, wenn Montenegro auf die Note der Mächte nicht zustimmend antworte, ein kurzfristiges Ultimatum gestellt werden müsse, und sollte König Nikolaus auch auf dieses Ultimatum nicht reagieren, so wäre gewaltsam vorzugehen. Oesterreich würde zu dieser Gewaltmaßregel allein schreiten, wenn die anderen Mächte sich nicht anschließen. Der Besuch der Botschafter v. Schoen und Tittoni beim Minister Pichon soll nach der gleichen Quelle den Zweck gehabt haben, den Schritt Oesterreichs zu unterstützen, wobei aber Italien nicht ganz so entschieden vorgegangen ist, wie die anderen. Später sei dann Herr Iswolski gekommen und hat eine Erklärung abgegeben, die wie eine Antwort auf den Schritt Oesterreichs angesehen werden könnte. Der russische Botschafter hat mitgeteilt, das Kabinett in Petersburg bestehe darauf, daß Skutari zu Albanien gehören muß. Es halte aber ein gewaltsames Vorgehen für verfrüht, die Mittel der Ueberredung müßten genügen. Wenn aber die anderen Kanzleien meinten, eine solche gewaltsame Aktion sei notwendig, so würde Rußland sich nicht anschließen.

Herr Miuschkowitsch, der hiesige Vertreter Montenegros, habe einem Interviewer des „Matin" gesagt, die Antwort Nikitas auf die Aufforderung der Mächte würde negativ ausfallen. Sie könnte gar nicht anders ausfallen, denn das montenegrinische Volk würde in einen Verzicht auf Skutari nicht einwilligen. Vielleicht, wenn Montenegro eine Kompensation gewährt werde, könnte der König mit sich reden lassen, denn dann würde er seinem Volke gegenüber in besserer Lage sein. Sollten die Mächte zu einer Landung oder zu einem Bombardement der Häfen Antivari oder Dulcigno schreiten, so würde Montenegro sich militärisch nicht widersetzen. Wenn man Antivari bombardiert, so meint Herr Miuschkowitsch, so schießt man ja nur auf italienische Magazine; bombardiert man Dulcigno, so werden einige Moscheen in Brand gesetzt werden. Wie sollten wir gegen die großen Schiffskanonen der Mächte ankämpfen? Dagegen würde eine Expedition in das Innere von Montenegro auf den heftigsten Widerstand stoßen.

**Wien**, 29. April. (W. T. B.)

Die Blätter sind durch die Nachrichten von der Vertagung der Botschafterversammlung auf Donnerstag sehr überrascht. Im übrigen wird bemerkt, daß die bisher vorliegenden Meldungen aus London noch kein klares Bild von dem Verlauf der Sitzung geben. Die „Reichspost" schreibt: Die nächsten Tage werden eine entscheidende Wendung in der Skutarifrage bringen müssen. Mit großer Befriedigung wird in Wien darauf hingewiesen, daß das diplomatische Vorgehen Oesterreich-Ungarns namentlich durch seinen deutschen Bundesgenossen eine warme und energische Unterstützung erfährt, ein Beweis von Solidarität, welcher gewiß in der ganzen Welt großen Eindruck hervorrufen wird.

### Die uneinige Botschafterkonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**London**, 29. April.

Ganz außerordentliche Bedeutung wird hier der Tatsache zugeschrieben, daß vor der Botschaftersitzung, der längsten und wichtigsten aller Sitzungen — sie dauerte über drei Stunden, bis gegen 7 Uhr abends —, die Vertreter der Tripleentente und des Dreibundes in zwei gesonderten Gruppen zusammenkamen. Man schließt hier daraus, daß zwar von den Botschaftern ein gemeinsamer Mittelweg gesucht werde, daß aber doch die Unterschiede in der Auffassung der Lage nunmehr doch schärfer als früher sich gruppenweise gestaltet haben, so daß Europa jetzt auch in dieser Frage in die gewohnten zwei Lager gespalten scheint. Beruhigend wirkt es auch nicht, daß über die wirklichen Ergebnisse der ungemein langen gemeinsamen Beratung von gestern nichts Positives und Authentisches verlautet. Immerhin schließt man aus der Tatsache, daß die nächste Sitzung für Donnerstag anberaumt ist, daß die Krise noch auf keinem geradezu gefährlichen Punkt angelangt ist. Die einzige amtliche Aeußerung, nämlich, daß kein Grund für Pessimismus vorläge, wird allerdings nur als eine sachlich belanglose Beruhigungspille angesehen. Aus den Berichten, Essad Pascha habe sich zum König und Fürsten Albaniens ausgerufen, wird geschlossen, daß die Großmächte alle Veranlassung haben, so schnell wie möglich in Albanien eine ordentliche Regierung einzuführen. In gewissen politischen Kreisen Londons glaubt man jetzt an schwere Verwicklungen in der Balkanfrage und den Zerfall des europäischen Konzerts. Die „Daily Mail" meldet aus Graz, daß Oesterreich für heute einen militärischen Vorstoß plant, der nicht auf Montenegro beschränkt bleiben soll. Truppen sollen in Transportschiffen nach den Häfen Südalbaniens geschafft werden. Inzwischen gingen Militärzüge mit Jägern vollgestopft, aus den österreichischen Alpen nach dem Süden. Aus Triest meldet das Blatt, daß 80 000 österreichische Soldaten nahe der montenegrinischen Grenze seien. Nach einer Belgrader Meldung sieht das Bündnis zwischen den Balkanstaaten eine gemeinsame militärische Aktion vor, wofern einer der Verbündeten von Oesterreich angegriffen werde, selbst wenn dieser Angriff mit Zustimmung der übrigen Großmächte erfolge. Dennoch würden in Belgrad die österreichischen Drohungen nicht als besonders ernsthaft betrachtet.

### Eine offiziöse Mitteilung über die Sitzung.

**Der österreichische und der russische Standpunkt. — Rußland droht mit „ernsten Schwierigkeiten" bei isoliertem Vorgehen Oesterreichs.**

Der Botschaftersitzung, bei der Staatssekretär Grey den Vorsitz führte, waren nach einer Londoner Meldung des Reuterschen Bureaus Besprechungen des österreichisch-ungarischen und des russischen Botschafters mit Grey vorausgegangen. „Es ist ein beruhigendes Moment in der jetzigen Lage," erklärt Reuter, „daß für Donnerstag nachmittag eine weitere Konferenz angesetzt ist, und daß, um einen Ausdruck von amtlicher Seite zu brauchen, „selbst jetzt kein Grund zum Pessimismus vorhanden ist". In Ermangelung einer bestimmten Information über die Entscheidungen der Konferenz, falls überhaupt entscheidende Beschlüsse gefaßt wurden, lassen Andeutungen aus gut informierten Kreisen die Annahme berechtigt erscheinen, daß es, nachdem sich die Botschafter mit ihren Regierungen ins Einvernehmen gesetzt haben, bis zur nächsten Sitzung ermöglicht werden könnte, Oesterreich-Ungarn die von ihm gewünschten Mitteilungen über das zu machen, was die Mächte zunächst zu tun bereit sind. Man hat den Eindruck, daß der letzte Schritt Essad Paschas die Lage ernstlich verwickelt, aber doch gehen über die möglichen Folgen dieses Schrittes die Ansichten so sehr auseinander, daß es unmöglich ist, im allgemeinen zu sagen, wie er angesehen wird. Ueber einen Punkt freilich herrscht völliges Einverständnis, daß dieser Schritt das Ergebnis eines Uebereinkommens mit Montenegro war, ein Vorgang, der in diplomatischen Kreisen nicht allzu große Verwunderung erregte. In diesen Kreisen hatte man von Anfang an vermutet, daß hinter dem Einzug der